



Vierteljähriger Monnementsp. in Breslau 5 Mark, Wochen-Monnem. 50 Pf.
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den
Raum einer sechshülfigen Petit-Zelle 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 176. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 16. April 1879.

Deutschland.

Berlin, 15. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Ober-Regierungs- und vorfragenden Rath im Ministerium des Innern, Wenzel, den Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Regierungs-Rath mit dem Range eines Rethes I. Klasse verliehen; und den seitherigen Landes-Oeconomie-Rath Dr. Thiel zum Geheimen Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt.

Der Rector Dr. van Bebber ist zum Abtheilungs-Vorsteher bei der Seewarte zu Hamburg ernannt. — Der Assistent am landwirthschaftlichen Institute der Universität zu Halle Dr. Kirchner ist zum außerordentlichen Professor in der philologischen Facultät derselben Universität ernannt worden. Der ordentliche Lehrer am Domgymnasium in Halberstadt Dr. Dieckhoff ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt ernannt worden. Der ordentliche Lehrer am Gymnasium in Cöthen Dr. Breithaupt ist in gleicher Eigenschaft an das Domgymnasium in Halberstadt versetzt worden. In dem Schullehrer-Seminar zu Angerburg ist der Lehrer Rogowski ebenfalls als Hilfslehrer angestellt worden. — Der Ober-Gerichts-Director, Präsident Biarda in Auriach und der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Rösener in Demmin sind gestorben. Der Rechtsanwalt Meyer in Pyrmont ist in Folge rechtsträchtigen Disciplinar-Erkenntnisses aus dem Dienst entlassen.

Berlin, 15. April. [Se. Majestät der Kaiser und König] wohnte am ersten Osterfesttage, Mittags um 12 Uhr, mit Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin und den hier anwesenden Königlichen Prinzen und Prinzessinnen einem Gottesdienst im Kaiserlichen Palais bei, empfing später den Staatsminister Dr. Friedenthal und gewährte dem bisher als Militär-Attaché bei der hiesigen Königlich-italienischen Botschaft in Funktion gewesenen Oberst-Lieutenant Grafen Luchino del Mayno eine Abschiedsaudienz. Gestern, am zweiten Osterfesttage, nahm Se. Majestät einen Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Carl entgegen und empfing den Oberst-Kämmerer Grafen Redern, sowie den General-Stabsarzt der Armee, Leibarzt Dr. Grimm. Heute Vormittag stattete Se. Majestät dem Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz, nach dessen Ankunft im Königlichen Schlosse einen Besuch ab und empfing später den Gegenbesuch Sr. Königlichen Hoheit. Im Laufe des Vormittags hörte Se. Majestät die Vorträge des Polizei-Präsidenten von Madai, des Chefs der Admiralität, Staatsministers von Stoich, und des Majors von Brauchitsch vom Militär-Cabinet und nahm in Gegenwart Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, commandirenden Generals des Garde-Corps, des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin, militärische Meldungen entgegen. — Heute findet im Königlichen Palais ein Diner und eine Abendgesellschaft bei Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz statt. (R. Anz.)

○ Berlin, 15. April. [Zur Besetzung des Reichsgerichts. — Reichsversicherungsgesetz. — Viehseuchengesetz. — Uebereinkunft zwischen Deutschland und Dänemark.] Offiziös wird geschrieben: In Folge der vom Vorsitzenden des Justiz-Ausschusses des Bundesrats, Unterstaatssekretär Dr. Friedberg, auf heut Nachmittag angelegten Sitzung des Ausschusses, behufs Vorbereitung der vom Bundesrat zu vollziehenden Wahlen für die Richtstellen im Reichsgericht sind gestern die letzten Vorschläge seitens der einzelnen Bundesregierungen in Berlin eingetroffen. Die Wahlliste geht nach der heutigen Sitzung vom Justizausschuss an den Bundesrat, welcher seinerseits die von ihm definitiv gewählten Namen dem Kaiser zur Bestätigung unterbreitet. Alle anderweitigen Meldungen, namentlich die der „National-Zeitung“, daß die Wahlen bereits perfect und vom Kaiser vollzogen seien, sind vollkommen unrichtig. — In Bezug auf die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs, betreffend die Regelung des Gütertarifs sind die bezüglichen Vorarbeiten bereits im Reichskanzler-Amt in Angriff genommen; auch steht die Bezeichnung der von den Regierungen zu ernennenden Mitglieder der besondern Commission in nächster Zeit zu erwarten, so daß zur Ausarbeitung des Entwurfs durch die Commission demnächst geschritten werden kann. — Nach Art. 4 der Reichsverfassung untersteht das Versicherungswesen dem Reich. Bereits vor längerer Zeit sammelte man Material für die Regelung dieses Gebietes. Mit Rücksicht auf die wichtige Justizorganisation unterblieben bisher weitere Schritte in der erwähnten Angelegenheit; neuerdings sind jedoch die Vorarbeiten für die Entwerfung eines Reichsversicherungsgesetzes wieder in Angriff genommen. Auch die Arbeiten für die Vorlage eines Viehseuchen-Gesetzes sind soweit gediehen, daß der Abschluß noch rechtzeitig genug zu erwarten ist, um diesen Entwurf dem Reichstag noch in der gegenwärtigen Session vorlegen zu können. — Zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark ist durch Ausweitung von Erklärungen der beiderseitigen Regierungen unter dem 4. April eine Uebereinkunft dahin getroffen worden, daß in Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder die Verpackung der letzteren, sowie bezüglich der Fabrik- oder Handelsmarken die Angehörigen des Deutschen Reiches in Dänemark und die dänischen Staatsangehörigen in Deutschland denselben Schutz wie die Inländer genießen sollen. Die Uebereinkunft soll in Kraft bleiben bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung durch den einen oder anderen Theil.

[Die Motive zu dem Zolltarif] sind auf dem Bureau des Reichstags nunmehr eingegangen. Es wird jedoch bei dem großen Umfang dieses Actenstückes wohl das Ende der Woche herankommen, bis die Drucksachen den Abgeordneten zugehen können.

[Das Gesetz, betreffend die Erweiterung der durch das Gesetz vom 20. April 1869 für das Anlagecapital einer Eisenbahn von Finnentrop über Olpe nach Rothe-Mühle im Biggetale übernommenen Zinsgarantie] wird im „Reichs-Anzeiger“ publicirt.

[Verbot des Wiener „Klerikali“ für das Reichsgebiet.] Nachdem durch die rechtskräftigen Urtheile des königlich preußischen Stadtgerichts zu Berlin vom 16. Januar und 21. Januar 1879 gegen die Nummern 99 und 101 des Jahrgangs 1878 der zu Wien erscheinenden periodischen Druckschrift „Klerikali“ Verurtheilungen auf Grund der §§ 41 und 42 des Strafgesetzbuchs erfolgt sind, wird auf Grund des § 14 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzblatt S. 65) die fernere Verbreitung dieser Druckschrift im Reichsgebiet auf die Dauer von zwei Jahren hierdurch verboten.

[Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Das Verbot der vom communistischen Arbeiter-Bildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ erfreut sich auch auf denjenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Trotz aller“ zur Ausgabe gelangen.

Köln, 15. April. [Versammlung.] Die heute hier selbst im Gürzenich behufs Fassung einer Resolution zur Wirthschaftsfrage

abgeholtene Versammlung war sehr zahlreich besucht. Die von dem Comite vorgeschlagene Resolution lautet: „Deutschland bedarf zur Entwicklung und Erhaltung seiner produktiven Kräfte neben einer rationelleren Gestaltung des Eisenbahn-Tarifwesens einer festen, von nationalen Rücksichten geleiteten Wirtschafts- und Handelspolitik. Zu diesem Zwecke muß der seit dem Jahre 1875 verfolgte Weg verlassen und ein System von Grenzzöllen errichtet werden, wodurch die von der freien internationalen Conkurrenz gefährdeten Gebiete der vaterländischen Produktion hinreichend geschützt werden. Diese Zölle sind nach sorgfältiger Prüfung und sachgemäßer Abwägung unter thunlichster Berücksichtigung aller bestehenden Verhältnisse lediglich nach Maßgabe der Gesamt-Interessen des Volkes zu bemessen. In Consequenz der vom Kaiser in der letzten Thronrede ausgesprochenen Meinung ist der Reichstag vor die Aufgabe gestellt, über die notwendigen Änderungen in der Wirtschaftspolitik des Reiches zu beschließen. Angesichts des täglich wachsenden Nothstandes erwartet die Versammlung, daß die Lösung dieser Aufgabe baldigt und jedenfalls noch im Laufe der gegenwärtigen Reichstagsession ihre Erledigung finden werde.“ Zu dieser vom Comite vorgeschlagenen Resolution beantragte Pauli an Stelle des zweiten Satzes folgendes Amendment anzunehmen: „Zu diesem Zwecke muß der seit 1865 verfolgte Weg verlassen und ein System von Zöllen eingeführt, beziehungsweise wieder eingeführt werden, durch welches die direchten Steuern, welche die Gewerbetreibenden, besonders die Landwirtschaft in ungerechtfertigter Höhe belasten, zum Theil ersezt und alle von der internationalen Conkurrenz gefährdeten Gebiete der vaterländischen Produktion hinreichend geschützt werden.“

Würzburg, 15. April. [Im hiesigen Residenzschloß] werden zur Zeit bauliche Veränderungen vorgenommen, da derselbe Sr. R. R. Hoheit dem Kronprinzen während dessen im Herbste vorzunehmender Inspection des 2. bayerischen Armeecorps vom Könige zur Verfügung gestellt werden soll.

Italien.

□ Rom, 8. April. [Die Debatte in der Deputirtenkammer vom 4. d. M.] Wichtiger und bedeutungsvoller in ihren Consequenzen als ähnliche öfter vorgekommene Manifestationen war die letzte in der italienischen Kammer stattgefundene Interpellations-Debatte über das Vorgehen der Regierung den republikanischen und sonstigen subversiven Vereinen und deren Agitationen und Demonstrationen gegenüber und die der Debatte gefolgt habende Abstimmung. Es handelt sich hierbei um die Entscheidung über die vom früheren Ministerium Cairoli-Zanardelli aufgestellte, einer allzu freien Auffassung des Vereins- und öffentlichen Sicherheitsgesetzes entspringenden Behauptung, daß es wohl die Pflicht der Regierung sei, Attentate gegen die bestehende Staatsverfassung und die öffentliche Ordnung zu unterdrücken und die Schuldigen der gerechten Strafe zuzuführen, daß sie aber nicht das Recht habe, präventiv einzuschreiten und das Vorkommen solcher Ausschreitungen zu verhindern, mit einem Wort, um die Richtigkeit der vom früheren Minister des Innern Herrn Zanardelli aufgestellten Formel reprimere, ma non prevenire, und die vom gegenwärtigen Cabinet aufgestellte Behauptung, daß es Pflicht der Regierung sei, nicht nur bereits erfolgte Ausschreitungen zu unterdrücken, sondern der Ausführung derselben vorzubeugen, d. h. gegen die subversiven Elemente einzuschreiten, sobald dieselben, aus dem Rahmen der akademischen Discussion über die Staatsgesetze herausstretend, zur Action zu schreiten sich anschicken. Die Kammer hatte ihre Ansicht über diese Frage zwar schon durch das Votum vom 11. December v. J., welches den Sturz des früheren Cabinets zur Folge hatte, ausgesprochen, aber die damalige Discussion war durch mehrfache andere Vorfälle, denen das auf den König in Neapel unternommene Attentat zur Folie diente, beherrscht und die Frage konnte nicht mit jener Deutlichkeit und Entschiedenheit beantwortet werden, wie dies gegenwärtig geschah. Den phrasenreichen Declamationen der radicalen Deputirten Marcora, Bertani, Cavallotti und den kurzen, seinen Standpunkt erläuternden Auslassungen des früheren Ministers des Innern, Zanardelli, standen die lichtvollen, loyalen und energischen Erklärungen des Ministerpräsidenten Depretis, die glänzenden Reden der Deputirten Nicotera, Loy und Codronchi gegenüber und die Kammer entschied mit einer imponanten Majorität, daß die von Herrn Zanardelli erfundene Devise reprimere ma non prevenire — unterdrücken aber nicht vorbeugen — absolut unhaltbar sei und die Regierung die Pflicht habe, präventiv einzuschreiten, um das Überwuchern revolutionärer Leidenschaften zu verhindern. Was den glänzenden, hochwichtigen Sieg, welchen das gegenwärtige Cabinet bei dieser Gelegenheit erfocht, noch exaltanter und entschiedener mache, war die Thatache, daß die ungeheure Mehrzahl der von Cairoli geführten Partei, sämmtliche Mitglieder des von ihm präsidirten Cabinets — mit alleiniger Ausnahme Zanardelli's selbst — die Wahrheit und Richtigkeit der vom Ministerpräsidenten Herrn Depretis aufgestellten Prinzipien anerkennen und demselben ein Vertrauensvotum ertheilen mußten, obwohl dasselbe ein entschiedenes Verdamnungsvotum der früher von ihm selbst verkündeten Regierungsprincipien involvierte. Diese Herren und ihre Partei verfügten es zwar, der von der Regierung angenommenen Tagesordnung eine andere Deutung zu geben, welche die durch dieselbe implicite Abweisung der früher von ihnen verkündeten Prinzipien, wenn nicht verhindern, so doch ab schwächen sollte, aber die entschiedenen Erklärungen des Ministerpräsidenten, daß er blos ein Votum annehmen könne, welches eine offene und rücksichtslose Billigung der von ihm mit Nichts zu wünschen übrig lassender Klarheit und Deutlichkeit verkündeten Prinzipien involviere, die energische Unterstützung dieser Fortsetzung durch den Deputirten und Crimistier Nicotera und endlich die entschiedene Erklärung des Antragstellers Spantigatti selbst, daß sein Antrag eine vollständige Billigung des von der Regierung proclamirten Prinzipien und eine vollständige Billigung ihres Vorwegens involviere, vereitelte diese Manöver und die Regierung erfuhr einen Sieg, der ein so glänzender und bedeutungsvoller war, als die Anhänger Cairoli's selbst gezwungen waren, die Unhaltbarkeit der früher von ihnen verfochtenen Theorien einzusehen und genügt waren, dieselben zu verleugnen und sich dem der Regierung ertheilten Vertrauensvotum anzuschließen, so daß nebst den Republikanern und Radicalen der Kammer blos Zanardelli und einige seiner engeren persönlichen Freunde, im Ganzen 37 Deputirten, gegen, der

Rest aber, Cairoli, Seismi-Doda, Vaccarini und andere Mitglieder des Cabinets Cairoli, im Ganzen 273 Deputirte, für die Regierung stimmten. Herr Cairoli hat auch bei dieser Gelegenheit eine glänzende Probe seines hohen Patriotismus, seines edlen hochherzigen Charakters geliefert, indem er persönliche und Partei-Interessen, seine Eigenliebe und Empfindlichkeit dem Wohle des Vaterlandes opfert und das edle offene Geständniß, sich früher geirrt zu haben, ist unserer Ansicht nach mindestens ebenso ehrenwerth, als das starre Festhalten Zanardelli's an seiner Theorie, deren Unhaltbarkeit schon durch die Thatsachen hinlanglich bewiesen wird. Mit der letzten Abstimmung, dem glänzenden Siege des Ministeriums, ist nun auch die lange vergeblich angestrebte Einigung der verschiedenen dissidenten Parteigruppen der Linken eine Thatsache geworden und das Ministerium Depretis kann nun, durch eine imposante Majorität gestützt, an die Durchführung des von ihm aufgestellten Programms und die Realisirung der von ihm verfündeten Prinzipien gehen. Die erwähnte Discussion der energischen, loyalen, an Klarheit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig lassenden Erklärungen der Regierung haben allenfalls den allerbesten Eindruck gemacht und werden nicht verfehlen, das Vertrauen und Ansehen der Regierung Italiens dem In- und Auslande gegenüber zu erhöhen und die Stellung des Ministeriums Depretis neu zu bestätigen. Den widersinnigen allarmirenden Gerüchten über den eigentlichen Zweck der unerwarteten Ankunft Garibaldis gegenüber braucht man bloß auf den physischen und moralischen Zustand des alten Haudegens hinzuweisen, um dieselben von selbst verstummen zu machen. Nein, der abgelebte Greis mit den eingefallenen leidenden Gesichtszügen, den matt und theilnahmslos ins Leere stierenden Augen, welcher, in warme Decken eingehüllt, unbeweglich auf einer Tragbahre lag und mittelst selbiger allein transportabel, der wird keinerlei tolle Unternehmungen, keine neuen Putsche ins Leben segnen, der Mann ist total fertig und ganz und gar ungefährlich geworden. Der Löwe hat nicht nur die Zähne und Krallen, sondern auch die Muskulatur, die Lebendigkeit verloren und ist zum harmlosen Spielzeug geworden. Sollten es aber dennoch Wahnsinnige für angezeigt halten, den Namen des armen Kranken missbrauchend tolle Sprünge versuchen zu wollen, so wird die Regierung, durch das Vertrauen und die Unterstützung des Landes und der Volksvertretung getragen, keinen Augenblick lang ansehen, dieselben mit aller Entschiedenheit zur Raison zu bringen.

Frankreich.

○ Paris, 12. April. [Die Gehaltserhöhung für die Weltgeistlichkeit und die Beschneidung der Gehälter der Erzbischöfe und Bischöfe. — Zur Stichwahl im 8. Pariser Bezirk. — Zur Candidatur Blanqui. — Die Petition der Bonapartisten. — Zur Witterung. — Villemessant.] Die Unterredung Lepères mit der Budgetcommission ist gestern im Wesentlichen so verlaufen, wie man es erwartet hatte. Der Minister erklärte den Vertretern der Kammer, warum die Regierung nicht die Verminderung der im letzten Budget eingetragenen Cultusausgaben, sondern im Gegenteil deren Erhöhung wünsche. Der Ministerconseil sei einig in dem Gedanken, daß man einerseits die Rechte des Geistes und der Religion achten und andererseits den Rechten des Staates Achtung verschaffen müsse. Dieser doppelte Zweck lasse sich am besten dadurch erreichen, daß man einen deutlichen Unterschied mache zwischen der Säculargeistlichkeit und den religiösen Genossenschaften. Nicht nur sei es zweckmäßig, die Gehälter der Pfarrgeistlichen aufzubessern, sondern auch den Seminarien, in welchen diese Pfarrgeistlichen erzogen werden, ihre Stipendien (für welche 900,000 Francs ins Budget eingetragen sind) zu belassen. Dagegen verpflichtete sich der Minister, allen Seminarien, in welchen Mitglieder nicht autorisierte Genossenschaften Unterricht ertheilen, diese Stipendien zu entziehen. In allen Stücken werde die Regierung die Vertheidigung der Weltgeistlichkeit gegen die Congregationen, die sich an ihre Stelle zu setzen suchen, übernehmen, und überhaupt werde sie sich aller gesetzlichen Waffen bedienen, um die Übergriffe der besagten Congregationen zurückzuweisen. Die Budgetcommission stimmte diesen Erklärungen zu, sie genehmigte den Credit von 900,000 Fr. für die Seminarstipendien, und sie bewilligte einen neuen Credit von 200,000 Francs, welcher dazu bestimmt ist, die Gehälter von 2000 Pfarrgeistlichen zu erhöhen. Alsdann bewilligte sie einen Zuschuß von 123,000 Francs für die protestantischen Pastoren und von 15,000 Fr. für die Rabbiner. Sie verzichtete noch nicht ganz darauf, die Gehälter der Erzbischöfe und Bischöfe, welche weit über die im Concordat vorgeschriebenen Summen hinausgehen, ein wenig zu beschneiden. — Die Parteien haben jetzt definitiv für die am 20. April im 8. Pariser Bezirk vorzunehmende Stichwahl Stellung genommen. Es sind nur noch zwei Kandidaten da, der Republikaner Clamageran und der Bonapartists Godelle; aber dieser letztere tritt nicht mehr, wie beim ersten Wahlgange, als Bonapartist auf. In seinem ursprünglichen Glaubensbekenntniß sah er in der Rückkehr des Kaiserreichs das einzige Mittel, die Gesellschaft von den schrecklichen Gefahren, denen sie entgegensteht, zu retten, aber in seinem neuen Glaubensbekenntniß darf er den Orleanisten und Legitimisten, die für ihn stimmen wollen, kein Vergernis geben. Er spricht also nicht mehr von dem Kaiserreich und beteuert nur so obenhin „seine politische Treue“. Aus einem Imperialisten ist er ein einfacher Conservativer geworden, er hat seine Fahne in die Tasche gesteckt, ohne Zweifel, um sie bei günstigerer Gelegenheit wieder hervorzuziehen. Die Blanqui'sche Frage ist in der Presse mehr als jemals an der Tagesordnung und man kann gewisse Blätter der äußersten Linken und der äußersten Rechten nicht öffnen, ohne fünf oder sechs Artikel zu finden, welche diesen Gegenstand behandeln. Da Blanqui, der ewige Insurgent, der nicht minder gewissenhaft an dem Sturz der Republik als an dem der Monarchie gearbeitet hat, sich von seinem Gefängniß aus an der Wahlpropaganda nicht beteiligen kann, so hat seine Schwester, die Wittwe Antoine, in seinem Namen das Wort ergrieffen. Sie dementirt das Gerücht, daß Blanqui seine Candidatur zurückziehe und in seinem Briefe an den Präsidenten des intranxigen Wahlcomites in Bordeaux dankt sie dafür, daß man auf die Idee gekommen, ihren Bruder dem Gambettisten Lavertujon gegenüberzustellen. Die Ultras der Linken verrathen immer deutlicher, daß Blanqui's Candidatur für sie nur ein Mittel ist, den Einfluß Gambetta's zu bekämpfen. Sie können sich unmöglich das verhehlen, daß von der persönlichen Thätigkeit

Blanqui's, dessen Gesundheitszustand durch den langen Aufenthalt im Gefängniß aufs äußerste zerrüttet ist, nichts mehr zu erwarten steht. Ihr Benehmen ließe sich entschuldigen, wenn sie aufrichtig auf die Befreiung Blanqui's hinarbeiteten, aber sie thun alles Mögliche, um der Regierung diese Begnadigung zu erschweren. Vor der Wahl in Bordeaux kann gewiß nicht von ihr die Rede sein. Das Ministerium, welches natürlich einen ungeseßlichen Erfolg dieses Candidaten nicht zulassen kann, hat, wie es heißt, den Präfecten in Bordeaux angewiesen, die Stimmen, welche Blanqui bei der Stichwahl zufallen, gar nicht in Rechnung zu bringen. — Die Bonapartisten schicken sich an, thätigen Anteil an der clericalen Agitation zu nehmen. Ihr Haupt-Organ „l'Ordre“ fordert zu starker Beheiligung an der Petitionsbewegung auf und die imperialistischen Deputirten sind sogar auf den seltsamen Einfall gekommen, selbst eine Petition an die Kammer zu richten, eine Petition also der Minderheit an die Mehrheit. — Der morgige Österfeiertag kündigt sich nicht freundlich an. Seit gestern ist wieder Kälte mit gelegenlichem Schneefall eingetreten. Der Andrang zu den Kirchen war gestern am Charfreitag nicht minder stark als in den früheren Jahren. — Das „Mémorial diplomatique“ erklärt sich für ermächtigt, die Gerüchte über eine baldige Vermählung der Prinzessin Beatrix mit dem Herzog von Aosta zu dementiren. — Eine der bekanntesten Pariser Persönlichkeiten ist aus den Reihen der Lebenden verschwunden. Der Director des „Figaro“, de Villemessant, mit seinem wahren Namen Jean Hippolyte Cartier, ist verflossene Nacht in Monte Carlo in Folge von Blutzerzeugung gestorben. Er war in Rouen im Jahre 1812 geboren und zählte also 67 Jahre. Seit 1839 redigte er eine ganze Anzahl von Blättern, von denen jedoch keines eine so große Bedeutung (nicht im besten Sinne des Wortes) erlangt hat als der „Figaro“.

[Über die Matacong-Affaire] finden wir in den „Débats“ Nachstehendes:

„Zum zweiten Male wurde vorgestern die englische Regierung bezüglich der Befreiung der Insel Matacong französischer Seite befragt und es geht das Gerücht, daß eine Fregatte abgeschickt wurde, um die durch diese Invasion bedrohten englischen Interessen zu beschützen. Würde man nicht in Wahrheit sagen, daß die Republik eben in vollem Frieden eines der Juwelen der kaiserlich britischen Krone weggenommen habe? Aber ernstlich, wo ist dieses Juwel gelegen? Möge der Leser gut suchen zwischen dem 5. und 10. Grade an der Westküste Afrikas, in der Höhe von Sierra Leonen, oder möge er lieber nicht suchen, er wird auf leiner gewöhnlichen Karte die Insel Matacong finden. Sie existiert indeß am Endpunkt des Deltas des Mellacorée-Flusses; es ist ein ungemeinbares Inselchen, 2000 Meter groß und mit 300 Einwohnern, welches während der Ebbe mit dem Festlande zusammenhängt, und das Festland auf diesem Punkte ist das nördliche Ufer des Mellacorée-Flusses, das seit 1865 unter den Schutze Frankreichs gestellt ist, dessen Flagge, umgeben von vier Kanonen, an der Mündung des Flusses, gegenüber dem Eiland von Matacong weht. Keine Macht hat bis jetzt die Ausübung unserer Souveränitäts- oder Suzeränitätsrechte über das Gebiet, das seinen Namen dem Mellacorée entlehnt hat, bestritten. Es ist wahr, England ist bis zur Grenze der Tragweite unserer Kanonen am südlichen Ufer in Folge von früheren Verträgen mit den Chefs der Tribus, welche diese Küste oft besuchten, vorgerückt; aber es hat niemals unseren legitimen Besitz des nördlichen Flussufers, wovon die Insel Matacong bei niederem Meere einen Theil bildet, in Zweifel gezogen. Es scheint um so weniger berechtigt, heute unsere Eigentumsansprüche anzuzweifeln, als es dieselben vor kaum zwei oder drei Jahren formell anerkannt hat. Damals wie heute verfehlte die englische Regierung nicht, das Interesse, welches sie daran hätte, uns die Mündung des Mellacorée räumen zu lassen, dieses Gebiet in die Zollgrenzen von Sierra Leonen einzuschließen; aber zu dieser Zeit zögerte das Cabinet von London nicht, offen die Frage in Erwägung zu nehmen. Es bewies, nicht ohne Grund, sein Interesse größer als das unsere für den Besitz von Mellacorée, und indem es unser Eigentumsrecht anerkannte, bot es uns an, dieselbe „gegen eine englische Besitzung derselben Küste, einige Grade nördlicher, auszutauschen, deren wir für die Sicherheit unserer Etablissements von Gambia sehr nötig hatten. Die Angelegenheit war im J. 1876 auf dem Punkte, zum Abschluße zu kommen; sie zerschlug sich unglücklicherweise im letzten Augenblicke, zum großen Bedauern der Männer, welche in den beiden Ländern den Verstand kauten. So viel ist gewiß, daß die englische Regierung im Verlaufe der von 1873 bis 1876 geslogenen Verhandlungen die unbestreitbaren Rechte Frankreichs über das Gebiet von Mellacorée, wovon der Landstrich von Matacong einen Theil bildet, anerkannt hat. Wir haben also keinen Grund zu befürchten, daß sie gegenwärtig ernstlich daran denkt, uns die Erdzunge streitig zu machen, welche das in Rede stehende Delta abschließt und deren Einwohner seit 15 Jahren unter unserem Protectorat stehen, einem Protectorat, welches durch kürzliche Abmachungen mit den einheimischen Häuptlingen bestätigt worden ist.“

Soweit die „Debats“. Im heutigen Ministerrath hat Herr Waddington angezeigt, daß die französischen Soldaten von Matacong zurückgezogen worden sind.

Provinzial - Zeitung.

— d. Breslau, 12. April. [Rechte-Oder-Ufer-Bezirks-Verein.]
In der am 10. d. Mts. abgehaltenen Sitzung machte der Vorsitzende, Expeditions-Vorsteher Melzer, die Mittheilung, daß die in der letzten Versammlung beschlossenen Petitionen an ihre Adressen abgegangen seien. Von der Promenaden-Deputation sei noch keine Antwort eingegangen. Dagegen sei vom Oberbürgermeister Friedensburg ein Antwortschreiben auf einen Gesuch des Vereins, welches Sonnabend, Nachmittags 5 Uhr, in der Rathsdienerstube abgegeben worden, bereits am folgenden Montag, Nachmittags 11 Uhr, beim Vorsitzenden eingegangen. Letzterer knüpfte hieran den Wunsch, daß die Angelegenheiten der Bürgerschaft in allen städtischen Bureaua eine ähnliche prompte Erledigung finden mögen. Dieses Antwortschreiben des Oberbürgermeisters bezieht sich auf ein Vereinsgesuch, betreffend die Rückzahlung von 9000 M. an den Odervorstädtischen Deichverband, und führt aus, daß dieses Gesuch seiner Zeit im Magistrat geprüft worden und, weil der Bezirks-Verein nicht für legitimirt erachtet worden sei, den Odervorstädtischen Deichverband zu vertreten, und weil — abgesehen hiervon — für die Stadtgemeinde keinerlei Verpflichtung zur Zurückzahlung jener 9000 Mark bestehe, zu den Acten genommen sei. Gleichzeitig erwidert der Oberbürgermeister auf ein Gesuch, betreffend die Pflasterung der Matthiasstraße, daß die Verfügung so lange ausgeföhrt werden, bis der Pflasterungs-Etat pro 1879.80 von der Stadtverordneten-Versammlung festgestellt worden. Nachdem dies jetzt geschehen, sei Magistrat nicht in der Lage, die gewünschte Pflasterung der Matthiasstraße in dem laufenden Jahre zu bewirken, nicht einmal dieselbe für das nächste Jahr in Aussicht zu stellen. — Hierauf gab

Straßen- und Eisenbahnverwaltung. Der Vorsitzende sprach hierfür dem Redner den Dank der zahlreichen Versammlung aus. — Nach einer Mittheilung des Vorsitzenden wird über 14 Tage noch eine Versammlung stattfinden, in welcher Director Dr. Fiedler über die Bedeutung der biesigen Gewerbeschule sprechen wird. — Eine Beschwerde über den schlechten Zustand einer Stelle auf der Ottosstraße ist privatim dem Polizei-Commissariat überwiesen worden. Die betreffende Stelle wird bereits regulirt. — Telegraphen-Inspector Neumann beantragt demnächst, beim Magistrat und bei der Stadtverordneten-Versammlung vorstellig zu werden, dahin zu wirken, daß die Ring-Bahn der Straßen-Eisenbahn vollständig ausgebaut werde und zwar durch eine Linie über die Matthiasstraße, Neue Junkernstraße, Lehndamm, Monbauptstraße, einen Theil Sternstraße und Adalbertstraße. Dadurch würde der Ring vollständig geschlossen. Der Vorsitzende beantragt, dieses Gesuch zunächst an die Direction der Straßen-Eisenbahn zu richten. Letzterer Antrag wird angenommen. Hierbei bemerkt Herr Geier, daß er aus zuverlässiger Quelle vernommen habe, die Einnahmen aus den Erträgissen der Straßen-Eisenbahn würden künftiges Jahr für die Stadt 45,000 M. betragen. — Zum Schluß der Versammlung, an der auch Damen teilnahmen, explicitirte Herr Führmann unter dem Beifall der Anwesenden den Edison'schen Phonographen und die bekannte Noten-

* [Der Schlesisch-Posener Zweigverein des deutschen Realschulmännerver eins] hielt am 8. d. M. in der Realschule zum Heiligen Geist in Breslau seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht über die

Thätigkeit und die Lage des Vereins ergiebt sich, daß dem Verein 84 Mitglieder angehören und daß ein Kassenbestand von ca. 240 M. vorhanden ist. Dem Kassirer wird die Dechize ertheilt. Aus der Befreitung, die sich über die Lage der Realschulen im Allgemeinen und speziell über die Wirtschaftsamtel des Vereins in den beiden Provinzen erging, ist hervorzuheben, daß die Stellung der Realschule I. O. seit etwa einem Jahre eine wesentlich günstigere geworden ist. Aus den Verhandlungen, die im Abgeordnetenhaus, in den Commissionen dieses Hauses und des Reichstages bei verschiedenen Anlässen gepflogen worden sind, besonders aber aus den Erklärungen der technischen Räthe im Cultusministerium geht mit Evidenz hervor, daß man die ausschließlich bevorzugte Stellung der Gymnasien für die Dauer nicht aufrecht erhalten wird, daß die Bildung der Realschulen mehr und mehr Anerkennung findet. Der günstige Bericht, den die Facultäten und wissenschaftlichen Prüfungscommissionen über den Erfolg der Realschuluntersuchungen bei den Studien erstattet haben, läßt erwarten, daß man nun Anstand nehmen wird, weitere Consequenzen zu ziehen. Die Errichtung der neuen Gewerbeschulen wird dazu nöthigen, die Dreiteilung des höheren Schulwesens mit größerer Consequenz durchzuführen, als bis jetzt geschieht. — Die von einer Seite ausgesprochene Aussaffung, daß aus praktischen Rücksichten der Verein seine frühere Forderung der Gleichberechtigung der Realschule mit dem Gymnasium fallen gelassen habe und sich begnüge, die Abiturienten die Zulassung zum Studium der Medicin zu erwirken, in dem dies Ziel leichter erreichbar scheine, wurde dahin berichtigst, daß der Verein, der biesige Zweigverein sowohl, wie der allgemeine Realschulmänner-Verein, an dem Sahe: „Die Realschule gewährt eine der gymnasial gleichwertige Bildung und ihren Abiturienten geführirt der Zutritt zu allen Universitätsstudien“, nach wie vor festhält. Wenn bei der Thätigkeit des letzten Jahres fast allein von der Medicin die Rede war, so hatte doch seinen Grund darin, daß die Revision der Prüfungsordnung für Aerzte der Reichskanzler angeordnet hatte, Anlaß gab, die Frage der Gleichstellung von Realschule I. Ordnung und Gymnasium in dieser Beziehung vor den Reichstag in Form einer Petition zu bringen und — da die Medicin als ein Gewerbe angesehen wird — als solches zu den Angelegenheiten des Reiches gehört, andere Berechtigung der Schulen aber nicht, so konnte dem Reichstag und Reichskanzler gegenüber nur von der Zulassung zum Studium der Medicin die Rede sein. Handelte es sich um Berathung des Unterrichtsgesetzes, so werde man sich nicht bedenken, principielle Gleichstellung beider Schulen zu beanspruchen. — Ein Redner hielt es in Rücksicht auf die neu konstruirten Gewerbeschulen für zweckmäßig, wenn in Zukunft eine principielle Vertheilung der Berechtigungen an die 3 Schulgattungen stattfände, so daß einige Berechtigungen mehreren Schulen gemeinsam sein könnten, der Zutritt zu anderen Fächern durch ein vor dem Beginn der Studien an der Universität oder am Polytechnicum abzulegenden Nachexamen ermöglicht würde. Es würde dann beispielsweise ein Realschulaburient, der die Theologie zu studiren wünschte, vor Beginn des Studiums vor einer Commission von Professoren Theologie das nöthige Maß von Kenntnissen in Griechisch und Hebräisch zu dokumentiren haben; ein Gymnasialaburient würde ebenso ein Exam zu bestehen haben vor Eintritt in das Polytechnicum u. s. w. Diese Rücksicht fand aber wenig Beifall, da man glaubte, daß die Behörden sich dazu verstellen würden, dem Gymnasium Rechte zu entziehen und die Rücksichten auf die Gewerbeschulen sollten für den Realschulmänner-Verein keiner Weise maßgebend sein.

Die Aussichten, welche die Realschule hat, ihren Abiturienten den Ertitt zur Medicin zu verschaffen, und die Stellung, die die Behörden und ärztlichen Vereine hierin einnehmen, veranlaßten eine längere Discussi. Man war darin einig, daß die Gutachten dieser Vereine, so idroß abweichen sie auch in der großen Mehrzahl sind, dennoch keineswegs als eine Niedriglage der Realschulsache angesehen werden können. Der Vorstand des Zwevereins hat sich bemüht, den Aerzten zur Orientirung über die in Aste stehenden Fragen Material in Form von Broschüren zugänglich zu machen, aber freilich wenig Entgegenkommen und Dauel dafür geerntet. Das die Gutachten, namentlich in Schlesien und Posen zu unsern Gunsten ausfallen würden hat Niemand erwartet. Gleichwohl wirken die Gutachten doch vielfach für uns, wenn auch nur selten die Gründe für das ablehnende Verhalten veröffentlicht wurden, so lassen die bekannt gewordenen doch erkennen, daß viele Aerzte eine das Wesen des Gymnasiums bedeutend umgestaltete Reform derselben noch für möglich halten, daß sie vielfach die Leistung der Realschule nicht würdigen und falsche Ansichten über dieselbe heggen. Auch der Umstand, daß mehrfach gesagt wird, so lange die Realschule nicht zu anderen Universitätsstudien, speciell zur Jurisprudenz vorbereitet dargestellt erscheint die Forderung, den Realschulen die Berechtigung zur Medicin zu gewähren, als eine Herabsetzung des Standes der Aerzte, zu erkennen, wie die ganze Frage am zweckmäßigsten dadurch gelöst würde, daß die Berechtigungen der Realschule nicht stückweise erweitert würden, sondern daß die volle Gleichberechtigung mit dem Gymnasium ausgesprochen sei. Sehr natürlich muß es erscheinen, wenn die Aerzte eine Vereinigung ihrer Standesärzte — ein Moment, daß heut in den Kreisen der Beamten eine große Rolle spielt — darin zu erblicken glauben, wenn in den Collegen in Zukunft auf einer ihnen niedriger zu stehen scheinenden Schule gebildet werden können, und eben so natürlich, daß der Mangel der Studierenden an naturwissenschaftlichen Kenntnissen nicht gern eingestanden wird. Kommt nun noch dazu, daß man wenig von den Leistungen der Realschule weiß (viele halten sie ja heut noch für eine Art Fachschulen), so erläutern

die Gutachten sehr leicht. Nebenrings erscheint ein Vortrag im oberpfälzischen Aerzte-Verein als charakteristisch. Der Referent in der bewußten Frage war ein Sanitätsrat aus Neisse, der als Gelegenheit haben konnte von den Leistungen der Realschule durch eigenes Beobachten am Ort zu informieren. Dieser plauderte für Gleichstellung der Realschulen mit den Gymnasien, der Correferent, wohnhaft in Neustadt, wo nur ein Gymnasium existiert, hat wohl kaum Gelegenheit gehabt, eine eingehende Vergleichung beider Schulen anzustellen, erklärte sich aber sehr entschieden gegen Realschulen. Da eine kleine Anzahl von Aerzte-Vereinen sich immer trotz aller solcher Ansicht entgegenstehenden Momente für die Vorbereitung der Mediziner auf den Realschulen erklärt hat und in manchen nicht unheblichen Minoritäten sich gefunden haben, so kann das Ergebnis der ähnlichen Gutachten, zumal mit Rücksicht auf die undurchführbaren Reformvorschläge in Betreff des Gymnasiums, keineswegs als eine Schlappe, die Realschule erlitten habe, angesehen werden. Der Verein wird zunächst eine zuwartende Stellung einzunehmen haben, bis die Vorlegung des Landesterrichtsgesetzes erfolgt oder definitiv aufgegeben sein wird. — Als Vertreter des Zweigvereins für die Generalversammlung des Hauptvereins in Berlin wurde Director Fritzsche-Grünberg designirt, und der Beschluss des Vorstands, nur einen Delegirten zu entsenden, gut geheißen. Die bislang als Delegierte des Zweigvereins neben dem Benannten fungirenden Oberlehrer Beyer-Rawitsch, Professor Stenzel-Breslau wurden wieder gewählt und als vierter für event. Fälle Director Messert-Breslau nominirt. Oberlehrer Beyer erstattete Bericht über die vorjährige Generalversammlung in Berlin. — Nach Erledigung einiger weiteren geschäftlichen Punkte wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus Oberlehrer Schmidt-Breslau als Vorsitzenden, Dr. Nordmeyer, Director Messert, Professor Stenzel-Breslau, Oberlehrer Beyer-Rawitsch, Director Fritzsche-Grünberg, Rector Meissner-Freiburg, wiedergewählt und die Versammlung vom Vorsitzenden 12% 1

H. Breslau, 15. April. [Achte Schlesische Provinzial-Lehr-Versammlung.] Nachdem am gestrigen Abende in einer kurzen Versammlung die erforderlichen Vorarbeiten, Wahl des Bureau's und Feststellung der Tagesordnung für die Hauptversammlung, erledigt waren, wurde heut Vormittag 9 Uhr in dem festlich deorirten oberen Saal des Café restaurant die Hauptversammlung durch den Vorsitzenden Schlesischen Provinzial-Lehrervereins, Hauptlehrer Löpler I.-Breslau, einigen Worten der Begrüßung eröffnet. Den Beschlüssen der Vorversammlung entsprechend wurde sodann das Bureau in der Weise gebildet.

lung entsprechend wurde sodann das Bureau in der Weise gebildet, zu Vorsitzenden Löpler I.-Breslau und Langner-Breslau, zu Schriftführern Löpler II.-Breslau und Dzialas-Breslau, und zu Beisitzer Director Kraž-Liegnitz, Hartel-Görlitz und Prüfer-Glogau ernannt wurden.

Der Vorsitzende machte demnächst darauf aufmerksam, daß, gleichzeitig mit der Schlesischen Provinzial-Lehrer-Versammlung, in Berlin der Diärtentag des Deutschen Lehrerbundes und in Hamm der Westfälische Provinzial-Lehrerbund vereinten. Der Vorstand wurde beauftragt, beide Versammlungen telegraphisch zu begrüßen. Ebenso wurde beschlossen, den Ehrenpräses des Schlesischen Provinzial-Lehrerbundes, Seminarlehrer Riesel-Ditweiler (Rheinprovinz) auf gleichem Wege zu begrüßen. Nachdem hier noch einige geschäftliche Mittheilungen gemacht worden waren, erhielt nächst Kreisschulinspector Dr. Hipp auf Ostrowo das Wort zu einem Vortrage über die Schulangelegenheiten der Vorsitzung eines Modell-

trifft hatte, legte er die Vorzüge seines Systems in eingehender Weise dar. Die in Rede stehende Schulbank hebt in ihrer Vorderlage die Distanz zwischen Pult- und Banklante vollständig auf und gestattet zugleich dem Lehrer, hinter den Schülern während des Schreibens, schriftlichen Rechnens und Zeichnens befreit Besichtigung der Arbeiten hindurch zu gehen, gestattet auch einzelnen Schülern, rückwärts über die Bank herauszutreten, ohne die nebenschulenden zu stören. In der Hinterlage gewährt die Sitzplatte dem Schüler die Möglichkeit, sich des folgenden Pultes als Rückenlehne zu bedienen und nach Erfordern frei zu stehen. Die Verlegung der Sitzplatte geschieht auf Anordnung des Lehrers durch die Schüler so schnell als leicht und geräuschos, indem schon durch bloßes Aufstehen ein genügender Druck der Schenkel gegen die Vorderlante ausgeübt wird, um die Bank aus der Vorderlage in die Hinterlage zu bringen; ein leichtes Heben bzw. Ziehen an der Hinterlante stellt die Vorderlage wieder her. Ein besonderer Vorzug des Systems besteht darin, daß sich jede Schulbank älterer Systeme ohne große Schwierigkeiten und Kosten nach diesem System umarbeiten läßt. Die Beschreibung nächst Zeichnung und genauester Anweisung für den Tischler liefert Dr. Hippauf für den Preis von 5 M. Der Besteller erhält damit zugleich das Recht der Einführung des Systems in der betreffenden, namhaft zu machenden Schulanstalt. Modelle liefert die Fabrik von Schlesinger-Breslau (Klosterstraße). Der Vortragende empfahl am Schlusse seiner Ausführungen der Versammlung die Annahme folgender Theesen:

1) Stabile Schulbänke jeglicher Art sind unzweckmäßig, weil bei vorhandener Plusdistanz die Schüler eine gesundheitswidrige Schreibstellung einzunehmen gezwungen sind, bei vorhandener Null- oder Minus-Distanz die Bänke aber nur zweitfähig sein können und die Schüler stets zu seitlichem Sichhinschieben und seitlichem Auftreten genötigt sind, also auch Schaden an ihrer Körperhaltung erleiden.

2) Alle bis jetzt bekannt gewordenen mobilen Schulbank-Systeme sind ihrer Kostenfreiheit, bedeutenden Raumerfordernis und der oft notwendig werdenden Reparaturen wegen für Volks- resp. Communalschulen ungeeignet und entsprechen auch sonst nicht allen an sie stellenden Anforderungen.

3) Das mobile Schulbank-System des Dr. Hippauf ist zur Einführung in jeder Weise vorzüglich geeignet, denn es entspricht allen an eine Schulbank zu stellenden Anforderungen, hinsichtlich der Gesundheit, der Disciplin und des Unterrichts, sowie des Preises, der Dauerhaftigkeit und der Raumersparnis. Die 8. schlesische Provinzial-Lehrerversammlung hat davon die Überzeugung gewonnen und empfiehlt dasselbe zu allgemeiner Einführung. Die Versammlung, welche sich sowohl durch den Vortrag des Herrn Dr. Hippauf, als auch durch den Augenschein überzeugte, daß die Hippauf'sche Bank trotz der billigen Herstellung bedeutende Vorzüge bietet, nahm den Vortrag mit grossem Interesse entgegen und erklärte sich im Allgemeinen mit demselben einverstanden.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Collegen Langner-Breslau „Unsere Standesehr.“ Derselbe führte im Allgemeinen Folgendes aus:

Die Wahrung seiner Standesehrre erscheine für den Volkschullehrer um so mehr als unabwissbare Pflicht, je mehr die Anerkennung der hoheren Wichtigkeit seiner Berufssarbeit Ausdruck gewinnt. Die Factoren, welche der Lehrerschaft in dieser Pflichterfüllung hindernd entgegentreten, seien ein Theil der Berussgenossen, die vorwiegend materielle Richtung der Zeitzeit, die Unvollkommenheit der noch in steter Weiterentwidlung begriffenen Maßnahmen für die bestimmte Regelung des gesammten Schulwesens, die mangelhaften Sympathien der Volksvertretung und der Presse*) für die Volkschulfrage. Die Stärkung des Standesbewusstseins der Lehrerschaft und die Förderung der Standesehrre derselben sei zu erhoffen aus dem vorbildlichen Verhalten der Lehrer in ihren verschiedenen Wirkungskreisen, insbesondere sei ein musterhaftes Vereinsleben verbunden mit der Parole: „Vorwärts!“ der Quell, aus dem alle Lehrer schöpfen müssen. Der Verstandes- und Gemüthsbildung müsse durch möglichste Vereinfachung des Lehrplanes unter dem Motto: „Wenig aber gründlich“ mehr Raum gegeben werden. Vielwisserei erzeuge Dünkel, Selbstüberhöhung und Unzufriedenheit. Das längsterwartete Schulgesetz möge in der äuheren und inneren Ausgestaltung des gesammten Schulwesens, wie in der Sorge für seine Träger ein Förderer der Standesehrre werden. Wende dann auch die Presse der Volkschulfrage in Anerkennung ihrer weitgreifenden Bedeutung ihr volles Interesse zu, dann komme einer der wichtigsten Hebel zur Förderung der Standesehrre in ermischte Thätigkeit.

In Rücksicht auf den inneren Zusammenhang zwischen dem Vortrage des Herrn Langner und dem von der Vorversammlung als drittem Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzten Referate des Lehrer Winklers Schreiberbau: „Über die außeramtliche Thätigkeit des Lehrers“ beschloß die Versammlung auf Antrag des Collegen Hänsel-Hirschberg zunächst den letzteren Vortrag zu hören und erst dann in eine Discussion über beide einzutreten.

Lehrer Winkler legte seinen Ausführungen nachstehende Sähe zu Grunde:

2) Das Einkommen des Lehrers sei deshalb ein solches, daß er nicht gezwungen ist, um des Erwerbes willen Nebenbeschäftigung zu treiben.
3) Nebenbeschäftigung oder Neben-Amtier sind staithaft, doch gilt hierbei als
a. unbedingt erforderlich, daß die außeramtliche Thätigkeit nicht das Schul-leben störe oder die Standesehr' schädige;
b. wünschenswerth, daß diese Thätigkeit in erkennbarem Zusammenhange mit den Amtspflichten stehe und sich vor Allem auf die geistige, spirituelle und wirthschaftliche Erhabung des Maßla richte.

In der über beide Vorträge eröffneten Discussion, an der sich die Herren Teuber-Breslau, Hänsel-Hirschberg, Schröder-Berlin, Teutner-Freiburg, Mroß-Laband und der Vorsitzende betheiligt, stellte Teubner-Breslau den Antrag, die Versammlung wolle erläutern: „Die schlesische Lehrerberversammlung spricht den Wunsch aus, daß Männer aus dem Volkschullehrer Stande zur Vertretung ihres Standes in die Schulverwaltung gewählt werden.“

Die Versammlung trat mit großer Majorität sowohl den Thesen des Herrn Winkler als auch dem Antrage Teuber bei und nahm ebenso auch eine von Bangen er Breslau gestellte Resolution an, dahin lautend: 1) der Lehrer selbst, 2) die Behörden und 3) die Presse haben die Verpflichtung, die Förderung unserer Standesethos in höherem Maße als bisher ins Auge zu nehmen.

zu fassen.“ Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Lehrer Kynast-Breslau über: „Die Heranziehung der Lehrer zu den Communalsteuern.“ Derselbe motivirte in eingehender und von der Versammlung beifällig aufgenommener Weise nachstehende Thesen:

1. Die Lebendigen haben so lange berechtigten Anspruch auf Befreiung von den Kommunalsteuern:
a. als ihnen nicht die vollen Rechte eines Gemeindebürgers gewährt werden,

b. als ihre Gehaltsverhältnisse nicht gesetzlich geregelt und die Gehälter in den meisten Fällen auf ein Minimum festgesetzt sind.

II. Erst dann, wenn die angekündigten Vorbereitungen erfüllt sind, wird die Heranziehung der Lehrer zu den Communalsteuern, entsprechend den communalen Besteuerung der Staatsbeamten, gerechtfertigt erscheinen und im Interesse einer besseren sozialen Stellung von den Lehrern genehmigt werden können.

Bon einer Discussion der Thesen mußte wegen vorgerückter Zeit Abstand genommen werden. Die Versammlung gab denselben mit großer Majorität ihre Zustimmung.

Hiermit wurde nach einigen geschäftlichen Mittheilungen die 8. schlesische Provinzial-Lehrer-Versammlung, der etwa 300 Theilnehmer beiwohnten, gegen 1 Uhr geschlossen.

Im Anschluß an diesefe jährige Feinacht die Generalversammlung des Schlesischen Provinzial-Lehrerbvereins statt. Bei derselben waren 44 Zweigvereine durch Delegirte vertreten. Die Verhandlungen wurden von dem Vorsitzenden des Provinzial-Lehrerbvereins, Hauptlehrer Töpler I. geleitet. Zur Erledigung gelangte zunächst der von Töpler II erstattete Jahresbericht. Aus denselben war zu entnehmen, daß trotz vieler Hindernisse und Schwierigkeiten ein großer Theil der Zweigvereine mit Fleiß und Energie sich der Förderung der Vereinsbestrebungen gewidmet hat. Die Zahl der schlesischen Lehrerbvereine ist 102 mit ca. 2150 Mitgliedern. Der Provinzialvereins-Vorstand war bemüht, durch Anträge und Petitionen bei dem Abgeordnetenhaus eine geschickliche Regulirung und Erhöhung der Alterszulagen, sowie der Emeriten- und Wittwen-Pensionen herbeizuführen. Bedauerlich erscheint die Zurückhaltung, welche die schlesischen Lehrer bezüglich

lich der wiederholt in Anregung gebrachten Begründung eines Emeritenfonds an den Tag legen. Als Vereinsorgan wurde nach wie vor die „Schlesische Schulzeitung“ beibehalten.

^{*)} Wir sollten meinen, die Sympathien beider könnten kaum noch ver-

Rechnungsredactoren wurden Baumert-Hausdorf, Härtel-Görlitz und Teutner-Freiburg ernannt.

Im Anschluß an den Jahresbericht wurde der Vorstand des Provinzial-Lehrer-Vereins beauftragt, bei der bevorstehenden 50jährigen Hochzeiterfeier der kaiserlichen Majestäten die Glückwünsche und Gefühle der schlesischen Lehrerchaft in geeigneter Weise an hoher Stelle zum Ausdruck zu bringen. — Gewählt wurden zu Mitgliedern des Vorstandes des Provinzial-Vereins die Herrn Töpler I., Langner, Töpler II., Stroloke, Sannig und Böer, sämlich in Breslau und die Herren Härtel-Görlitz, Kratz-Liegnitz, Prüfer-Glogau, Hänself-Hirschberg und Obst-Beuthe D.-S., zu Mitgliedern zum Vorstande des Landesvereins die Herren Töpler I. und Langner, zu Mitgliedern zum Vorstande des Deutschen Lehrerbvereins die Herren Töpler I., Langner, Töpler II., Sannig und Stroloke.

Bezüglich der Wahl des Ortes für die nächste Generalversammlung wurde in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Provinzial-Pestalozzi-Vereins Liegnitz in Aussicht genommen und die Bestimmung des Termins der Vereinbarung der beiderseitigen Vorstände überlassen.

Nachdem sodann noch dem Bureau seitens der Versammlung der Dank für die Geschäftsführung durch Erheben von den Plätzen ausgedrückt worden war, wurde die General-Versammlung geschlossen.

H. Breslau, 13. April. [Schlesischer Provinzial-Pestalozzi-Verein.] Die diesjährige Generalversammlung des Provinzial-Pestalozzi-Vereins wurde heute Nachmittag 5 Uhr hier selbst in dem feistlich dekorierten Saale des Café restaurant nach vorangegangener kurzer Vorversammlung, in der die Herren Härtel-Görlitz, Dertel-Schönlein und Kratz-Bollenhain zu Rechnungs-Revisoren gewählt wurden, durch den Kratz, eröffnet. Namens des Local-Comites und der Breslauer Lehrer-chaft hielt der Vorsitzende des Breslauer Zweigvereins, Lehrer Beukert, die Anwesen willkommen und der Vorsitzende begrüßte alle Erschienenen mit warmen Worten und den besten Wünschen für eine gedeckliche, die Interessen des Vereins fördernde Arbeit. Hierauf folgte die Bildung des Büros in der Weise, daß dem Provinzial-Vorstande, bestehend aus den Herren Kratz (Vorsitzender), C. Görlitz (Schriftführer), F. Römm (Stellvertreter des Vors.), Kornesky (Stellvertreter des Schrifts.) und Wilde (Kassirer), sämlich in Liegnitz, die Herren Beukert-Breslau und Härtel-Görlitz als Beisitzer, die Herren Dertel-Schönlein und Küffler-Strehlen als Schriftführer und der Vorsitzende des Provinzial-Lehrerbvereins, Hauptlehrer Töpler I. als Ehrenbeamter beigegeben wurden. Die demnächst erfolgte Feststellung der Präsenzliste ergab, daß vertreten waren die Vereine zu Bernstadt, Bollenhain, Breslau, Bünzlau, Frankenstein, Freiburg, Gr.-Glogau, Goldberg, Görlitz, Hainau, Hirschberg, Landeshut, Liegnitz, Medzibor, Miltitz, Muskau, Neumarkt, Ohlau, Opplau, Parchwitz, Pleß-Gleiwitz, Reichenbach-Peilau, Sagan, Strehlen, Striegau, Trebnitz und Waldeburg. — Aus dem hierauf vom Schriftführer des Central-Vorstandes, Görlitz-Liegnitz, erstatteten Jahresberichte hervor, daß die günstigen Resultate, welche auch das abgelaufene Vereinsjahr aufweisen kann, vor Allem der Unterstützung zu verdanken sind, welcher die Vereinsbefreiungen seitens der hohen und höchsten Behörden sich erfreuen. Der hohe Provinzial-Landtag batte für das verflossene Vereinsjahr wiederum eine Beihilfe von 1000 M. gewährt und hat auch für das Jahr 1879 die gleiche Subvention bewilligt. Gleich haben auch beidseitig die Herren Landräthe, Kreis- und Local-Schulinspektoren dem Vereine ihre freundliche Unterstützung zu Theil werden lassen. Seitens der Herren Minister des Innern und der geistlichen u. Angelegenheiten ist die Zusage eingegangen, die Erteilung von Corporationsrechten an den Verein Allerhöchsten Ortes befürworten zu wollen. Gegenwärtig zählt der Verein 58 Zweigvereine, 4 mehr als im Vorjahr. Die Gesamt-Mitgliederzahl derselben beträgt 4840 (gegen 4336 im Vorjahr), von denen 3166 Lehrer und 1674 Nichtlehrer sind. Die meisten Lehrer zählen die Vereine zu Breslau (365), Görlitz (216), Glogau (133), Waldenburg (128), Liegnitz (99), Neisse (90), Neumarkt (85), Reichenbach-Peilau und Striegau (72), Bünzlau (71) u. s. w. Die größte Anzahl von Nichtlehrern weisen die Vereine Görlitz (177), Schweidnitz (126), Waldenburg (123), Liegnitz (121), Reichenbach-Peilau (97), Neisse (96), Striegau (94), Breslau (84), Ohlau (69), Guhrau-Herrnstadt (59), Greiffenberg (56), Strehlen (52), Glogau (49) u. s. w. auf. Die höchste Mitgliederzahl überhaupt haben die Vereine Breslau, (449), Görlitz (353), Liegnitz (220), Waldenburg (251), Neisse (186), Schweidnitz (183), Glogau (182), Striegau (166), Reichenbach-Peilau (169), Guhrau-Herrnstadt (114), Hirschberg (114), Greiffenberg (103), Bünzlau (100) u. s. w. — Der Religion nach zählt der Verein 3719 evangelische, 966 katholische, 153 jüdische und 2 dissidentische Mitglieder.

An Beiträgen wurden von den Mitgliedern in Summa 11,106,45 M. ausgebracht, 745,75 M. mehr wie voriges Jahr. Die höchsten Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen hatten die Vereine Görlitz (882,25 M.), Breslau (807 M.), Striegau (683 M.), Schweidnitz (535,50 M.), Waldenburg (474,75 M.), Glogau (469,75 M.), Reichenbach-Peilau (417 M.), Ohlau (369 M.), Greiffenberg (293,40 M.), Strehlen (256,75 M.) u. s. w. In einzelnen Vereinen haben sich die Mitglieder-Beiträge erheblich vermehrt, die Gesamtsumme der Mitglieder-Beiträge aus den Beiträgen der Lehrer beträgt 5997,70 Mark, die der Nichtlehrer 5108,75 Mark, eine Summe erhöhte sich im abgelaufenen Jahre um 391,35 M., diese um 354,30 M. In verschiedenen Vereinen zahlen einzelne Mitglieder sehr erhebliche Beiträge. In außerordentlichen Einnahmen (Geschenke, Erträge von musikalischen Aufführungen, industriellen Unternehmungen u. s. w.) erzielten die Zweigvereine zusammen 4493,02 M., darunter Waldenburg 2215,78 M., Reichenbach-Peilau 345,05 M., Striegau 240,45 M., Landeshut 240,76 M., Görlitz 222,72 M., Glogau 197,94 M., Goldberg 167,97 M., Hirschberg 105,49 M. und Oels 100,80 M. Einzelnen Vereinen ist es gelungen, aus Geschenken ein kleines Vermögen anzusammeln, dessen Gesamtsumme 8365,28 M. beträgt.

Unterstützt wurden im verflossenen Jahre 520 Wittwen resp. Waisen mit einer Gesamt-Unterstützungssumme von 12,528,57 M. Der Durchschnittsatz für jede Unterstützung war etwa 24 M. Die höchsten Unterstützungssummen zahlten Breslau (1333 M. an 65 Wittwen), Görlitz (859 M. an 27 W.), Striegau (796 M. an 22 W.), Glogau (572 M. an 19 W.), Liegnitz (502 M. an 18 W.) u. s. w. An außerordentlichen Unterstützungen bewilligte der Provinzial-Vorstand 20 in Höhe von 471 M. Die Zweigvereine bewilligten 5428,37 M. an außerordentlichen Unterstützungen, so wie die Zweigvereinsklasse zu Pleß-Gleiwitz, als auch die Provinzial-Zweigvereinsklasse für eine Waise im Zabrze im Waisenhaus zu Gleiwitz zahlen. Der bei Gelegenheit der im Jahre 1876 in Schwerin stattgehabten General-Versammlung gegründete „Liebesfonds“ zur Unterstützung solcher Witwen, welche statutengemäß zu einer Unterstützung aus der Provinzialklasse nicht vorgeschlagen werden dürfen, hatte eine Einnahme von 104 M. und zahlte 2 Unterstützungen à 20 M. — Dem Schriftführer wurde für seinen eingehenden Bericht der Dank der Versammlung durch Erheben von den Plätzen ausgesprochen und der Druck des Berichts be schlossen. Auf Grund des demnächst erstatteten Kassenberichts und der erfolgten Revision wurde dem Schatzmeister des Vereins, Lehrer Wilde-Liegnitz, dankend Decharge ertheilt. Der Vorsitzende theilt im Anschluß hieran mit, daß soeben ein Geschenk von 50 M. für den Provinzial-Pestalozzi-Verein seitens des Verlags-Buchhändlers Herrn Priebatsch eingegangen sei. Ein von dem Zweigverein Bollenhain eingegangener Antrag, den § 4 des Vereins-Statutes durch folgenden Zusatz zu ergänzen: „Jeder Kreis-Schul-Inspektorat bildet einen oder mehrere Zweigvereine und es fallen dem... resp. denselben alle diejenigen unterstützungsbedürftigen Wittwen und Waisen zu, die innerhalb dieser Bezirke ihren Wohnsitz haben“, wird von Triebel-Bollenhain motivirt und nach kurzer Diskussion mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Für die nächstjährige General-Versammlung wurde mit Rücksicht auf den Umstand, daß im nächsten Jahre der Provinzial-Verein, der 1870 in Liegnitz gegründet wurde, 10 Jahre besteht, Liegnitz als Versammlungsort gewählt. Die Bestimmung des Termins der Versammlung wurde dem Erwachsenen der Vorstände des Provinzial-Pestalozzi- und des Provinzial-Lehrer-Vereins überlassen. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Mittheilungen und nachdem auf Antrag von Töpler-Breslau die Versammlung dem Central-Vorstande ihren Dank für seine aufopfernde und segensreiche Wirtschaft durch Erheben von den Plätzen ausgesprochen hatte, wurde die General-Versammlung von dem Vorstehenden mit den besten Segenswünschen für das fernere Gedeihen des Viehbetriebes geschlossen.

X. Neumarkt, 15. April. [Concert.] Einweihung des Kirchhofes. — Straßen-Pflasterung. — Beide Feiertage concertierte im Baum'schen Saale sowohl wie im Feldschlößchen die neue verstärkte Kapelle des Musik-Directors Frey, eines Österreicher (Wiener), der sich hierzu niedergelassen und als tüchtiger Meister mit gründlicher Fachbildung, schon recht hübisch geleistet hat. Derselbe verdient namentlich als ausgesuchter Clavier-Virtuose genannt zu werden. — Heute früh fand die feierliche Einweihung des neuen Kirchhofes unweit des Gartens Sanssouci vor dem

Breslauer Thore durch den Pastor prim. Dr. Hübner von hier, der sich wegen der Beifassung des Kirchhofes und dessen Einrichtung viele Verdienste erworben, statt. Ein zahlreiches Publikum hatte sich auf dem Kirchhofe eingefunden, wo der Weiheact würdig vorgenommen wurde. Von heute ab finden die Beerdigungen auf diesem Kirchhof statt. — Der Bau resp. die Pflasterung und Verbreiterung des Weges hinter der Bahnstraße nach Ober-Borsdorff hinein geht nun vor sich. Die schönen Schatten bietenden Obstbäume zu beiden Seiten des Weges sind der Neuerung leider zum Opfer gefallen.

○ Trebnitz, 13. April. [Kaiser-Wilhelms-Stiftung.] — Thätigkeit der Schiedsmänner. — Verirrtes Kind. — Erlöschen Krankheit. — Die am 11. Juni c. stattfindende Feier des goldenen Jubiläums unseres erlangten Kaiserhauses wird auch in unserer Stadt in würdiger Weise begangen werden und zwar nicht allein durch Festlichkeiten, sondern auch durch die Begründung einer Volksbildungsförderung, wie dies dem kundgegebenen Willen Ihrer Majestäten entspricht. — Die städtischen Behörden haben zur Ausführung der zu diesem Zweck gefassten Beschlüsse ein Comitee in den Personen der Herren: Reichsanwalt Fendler, Stadtältester Joffrey, Apotheker Grünhagen, Königl. Vorstendant Isel, Bürgermeister Kunzendorf, Zimmermeister Schlesienstädt und Kaufmann Supper erwählt und in der kürzlich stattgefundenen ersten Sitzung dieses Comites, in welcher Bürgermeister Kunzendorf als Vorsitzender und Apotheker Grünhagen als Schriftführer fungirten, wurde einstimmig beschlossen: „Die Stiftung soll den Namen „Kaiser-Wilhelm-Stiftung“ führen und dazu bestimmt sein, den biesigen Inquilinen der beiden Bürger-Hospitäler eine bessere Versorgung zu gewähren, nicht allein durch Zuwendung eines alljährlich am 11. Juni auszuzahlenden Geschenks, sondern auch durch Erhöhung ihrer noch sehr niedrigen Alimente. Zur Beschaffung der erforderlichen Mittel sollen verschiedene Veranstaltungen getroffen, und unter Anderem auch Sammlungen vorgenommen werden. Es steht daher wohl zu erwarten, daß die Bewohner unserer Stadt dieser Stiftung ihre Unterstützung zuwenden und das Comitee mit reichen Gaben versehen werden. Der Verein „zur Geselligkeit“ wird daher schon zum 17. d. Mts. eine Theater-Vorstellung zum Besten dieses Zweckes veranlassen. Zur Aufführung kommt: „Von Sieben die häßlichen“. — Die Wirthschaft der Schiedsmänner im biesigen Kreise pro 1878 betreffend, ist zu bemerken, daß im Ganzen in den Städten Trebnitz und Stroppen 104 und auf dem platten Lande 480 Streitachen von 68 Schiedsmännern verhandelt worden sind. — Eine Bekanntmachung des biesigen Kreis-Landrats theilt mit, daß am 22. d. Mts. sich in der Gemeinde Ruz, biesigen Kreises, ein 10 Jahre altes Mädchen eingefunden und angegeben hat, es heiße Pauline Bindig, sei evangelisch und in Pawellau geboren. Auch die andern von diesem Kinder gemachten Angaben, namentlich über seine Eltern und früheren Wohnort, haben sich nicht bestätigt. Das betreffende Mädchen wird also in Ruz auf Kosten der Angehörigen bzw. des zu seiner Unterstützung verpflichteten Armenverbandes verpflichtet, weshalb die landräthliche Bekanntmachung vom 10. c. zur baldigen Abholung oder entsprechenden Mittheilung über die Eltern dieses Kindes und deren Aufenthalts aufgerufen. — Nach amtlicher Bekanntmachung ist die Notkrantheit unter den Pferden des Dominii Mankeritz gehoben und der Berlehr wieder frei gegeben.

○ Gabelschwerdt, 14. April. [Verwaltungsbericht.] Dem Bericht des Kreis-Ausschusses über die Verwaltung und den Stand der Kreis-Communal-Angelegenheiten für das Jahr 1878 entnehmen wir Folgendes: Schön in einer am 21. December 1877 abgehaltenen Sitzung des Kreistages hatte sich dieser für die Vereinigung der Amtsbezirke Brand und Altmeistris ausgesprochen und die diesbezüglichen Verhandlungen an das tgl. Oberpräsidium zur Genehmigung abgesandt. Es ist jedoch ein Bescheid bisher noch nicht ergangen, weshalb die Eintheilung des Kreises die seitliche geblieben ist. Nachdem die Verwaltung und Unterhaltung der im Kreise befindlichen früheren Staats-Chausseen auf Grund des Vertrages zwischen dem Landeshauptmann von Schlesien und dem Kreise auf den letzteren auf die Dauer von fünf Jahren übergegangen ist und in Folgedessen ein technischer Leiter für diese Chausseen angestellt werden mußte, ist für dieses Amt der königl. Feldmeister Holsfeld, bisher bei der im Bau befindlichen Gebirgsbahn als Bauführer beschäftigt, gewonnen und derselbe für die Zeit von fünf Jahren mit einem Gehalt von 3600 M. pro anno (incl. Reisegebühren) angestellt worden. Derselbe hat zugleich die Verpflichtung, auch die Verwaltung und Unterhaltung der Kreis-Chausseen zu leiten und die öffentlichen Wege zu beaufsichtigen. — Bei der am 16. Mai 1878 stattgefundenen eingehenden Revision des Kreis-Ausschusses durch den tgl. Regierungsrath v. Ullmann wurde von letzterem darauf hingewiesen, daß die große Entfernung zwischen den Localitäten des Landratsamtes und des Kreis-Ausschusses notwendig zu einer Er schwerung des beiderseitigen Geschäftsbetriebes führe und die Vereinigung sämtlicher Geschäftsräume als dringendes Bedürfnis erscheinen lasse. Ferner wurde bemerkt, daß die Übertragung der Geschäfte eines Kreis-Communal-Kassen-Händlante an den Bureau-Vorsteher des Kreis-Ausschusses denselben übermäßig belaste und eine strenge Controle in Rechnungsachen ausschließe. Bei der Beantwortung der Revisions-Monita wurden zwar die beregeten Uebelstände anerkannt, dabei jedoch bemerkt, daß eine Änderung dieser Verhältnisse in Rücksicht auf die finanzielle Lage des Kreises für die nächste Zeit nicht in Aussicht genommen werden könne.

X. Leobschütz, 14. April. [Zum Schulwesen.] Inhalts des Etats für die städtischen Schulen pro 1. April 1879—80 stellen sich die Einnahmen auf 42,240 Mark, wodurch auf den Zuschuß aus der Kämmererfasse allein 40,530 Mark entfallen, 3057 Mark 50 Pf. mehr gegen das Vorjahr. Die Einnahme von 1710 M. wird durch Schulgeld, Schulbeiträge, Schulstrafen, Mietzinsen und Capitalzinsen gebildet. An den Schulenamtirenn ein Rector und 19 Lehrer, 8 Lehrerinnen, 3 Industrielehrerinnen und ein katholischer Ratgeber, für welche einschließlich des Gehalts für den jüdischen Religionsunterricht und den Schuldner, und sowie incl. der Lehrermitteln-Verfassungs- und Unterstützungsbeiträge der Etat eine Ausgabe von 35,858 Mark 75 Pf. auswirkt. Für die Handwerker-Fortbildungsschule sind 580 Mark etatirt. Der Vorsteher der höheren Töchterschule, Fr. Maale, wurde bisher aus der Kämmererfasse eine Subvention von 600 Mark gewährt, dieselbe ist auf 1500 Mark gestellt worden, in Folge dessen der Etat um 900 Mark sich höher stellt, als oben angegeben. Im letzten Schuljahre besuchten die Elementarschulen, welche nunmehr in eine paritätisch gewandelt sind, 850 Knaben und 810 Mädchen, welche bis dahin in 22 Lehrklassen von 16 Lehrer und 6 Lehrerinnen unterrichtet wurden. Die evangelische Schule zählte vor der Errichtung der Simultanschule 110 Schüler und 90 Schülerrinnen, welche durch 3 Lehrer in ebenjobjiel Klassen unterrichtet wurden. Die seit 1. April 1878 zur Simultanschule vereinigten Elementarschulen hatten zu dieser Zeit 989 Schüler und 873 Schülerrinnen. Von diesen waren katholische 1512, evangelische 299, jüdische 51 und aus fremden Gemeinden 13. In Folge Klage der evangelischen Gemeinde übernahm die Stadtcommune im Wege des Vergleichs vom 25. Januar 1878 das evangelische Schulhaus für den Kaufpreis von 3400 Mark eigentlich. Mit Einführung der Simultanschule schieden die seitherigen Local-Schulinspektoren, königl. Superintendent Brzygode und königl. Gymnasial-Oberlehrer Kleber als solche aus und übernahm im Auftrage der königl. Regierung der königl. Kreis-Schulen-Inspecteur Erner auch die Local-Schulinspektion. Die Handwerker-Fortbildungsschule zählte 192 Schüler, welche durch vier Lehrer in 6 Klassen Unterricht erhielten. Hier mußte, da die Ausgaben 578 Mark 75 Pf. die Einnahmen dagegen nur 180 Mark 50 Pf. betragen, die Commune einen Zuschuß von 398 Mark 25 Pf. prästieren. Den Turn-Unterricht leistete im abgewichenen Schuljahr mit bestem Erfolge der als Turnlehrer an der königl. Central-Turn-Anstalt in Berlin ausgebildete, seit October 1878 als Turn-, Schreib- und Zeichnen-Lehrer an das königliche Gymnasium zu Oppeln berufene städtische Lehrer Voß. Der Industrie-

Unterricht wurde durch 5 Lehrerinnen ertheilt.

○ Pitschen, 15. April. [Vereins-Angelegenheiten.] — Wetter. Gestern vereinigten sich Mitglieder und Freunde des Tierschutz-Vereins aus Stadt und Umgegend zu dem letzten geselligen Bergfesten für diesen Winter im Saale des Herrn Julius Preyer. Das reichhaltige, wie immer fröhligst gewählte Programm, in 2 Abtheilungen getrennt, brachte gut eingeübte Flügel, Gesang- und Violin-Piccen zum Vortrage, von denen namentlich im 1. Theile das Lied „Wenn du noch eine Mutter haft“ im 2. Theile die vierhändig vorgetragene Ouverteure zur „Weisen Dame“ und die „Arie mit Variationen von Rude“ für Violine und Flügel als vorzüglich gelungene Leistungen herborghoben zu werden verdiensten. Ein Tanzträngen schloß sich an die mit vielen Beifällen aufgenommenen musikalischen Genüsse. — Das verehrte Ehrenmitglied des Vereins, Frau Elpis Melena zu Caleys auf Skreta, bleibt in stetem brieflichen Verkehr mit dem Vorstande und hat auch für dieses Jahr eine Geldsendung zur Erweiterung der in ihrer gesetzten Zeitung bereits erwähnten Melena-Stiftung in Aussicht gestellt. — Seit der verlorenen Nacht haben wir nun endlich nach lang anhaltendem, rauhen Wetter Südwind mit + 10° R.

Berlin, 15. April. [Börse.] Das aus Petersburg gemeldete Attentat auf den Kaiser von Russland konnte, da es ja glücklicher Weise vereitelt war, auf die Stimmung der Börse einen deprimirenden Einfluß nicht üben und es stand das heutige Geschäft ganz unter dem Einfluß der von Wien einlangenden Cours-Depeschen. Dieselben ließen eine feste Tendenz der Wiener Börse erkennen und gaben auch dem biesigen Geschäftssorkehr einen durchaus festen Charakter. Der Berlehr gewann sogar zeitweise eine animirtere Physiognomie und es belebten sich die Umfänge auf einzelnen Gebieten bei steigender Coursbewegung in nicht ganz unbedeutendem Maße. So waren wieder die sogenannten schweren einheimischen Eisenbahnen bevorzugt, auch für preußische und andere deutsche Bonds zeigte sich gute Kauflust. In den internationalen Speculationspapieren waren die Transaktionen immerhin noch etwas eingeschränkt, besonders blieben österr. Credit-Actien verhältnismäßig vernachlässigt, wogegen sich lebhafte Begehr für die Actien der österr. Staatsbahn einstellte. Lombarden beteiligten sich fast gar nicht am Berlehr. Creditactien erfuhren nur eine geringe Coursveränderung, da gegen erhöhte Francosen sehr bedeutend die Notiz. Auch die österr. Nebenbahnen waren lebhaft begehr, ganz besonders gilt dies für Osterr. Nordwestbahn, Pardubitzer und böhmische Westb., aber auch Kaschau und Rudolfsb. waren beliebt. Nur Turnau-Prag blieb angeboten und weichend. In den localen Speculationseffecten fanden lebhafte Umsätze statt. Disconto-Commandit-Anteile und Laura-Actien verfolgten steigende Richtung, letztere wurden pr. ult. zu 71½—71¾ gehandelt. Sehr still blieb der Geschäftssorkehr in den auswärtigen Staatsanleihen, die auch ihre Notirungen kaum veränderten. Ungarische Goldrente zog etwas an. Russische Wertp. waren schwächer, 3proc. Anleihen per ult. 86½—86¾. Noten per ult. 199—198½ (Vorprämie 200/1), per Mai 199½—¼ (Vorprämie 202/2). Preußische und andere deutsche Staatspapiere beliebt und sehr fest. Eisenbahnprioritäten verhielten sich ruhiger. Von einheimischen waren 4½ proc. beliebt. Ferner fand in 4proc. Stettiner (gar) lebhafte Geschäft statt. Auf dem Eisenbahnenmarkt waren die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen, obwohl die Cinnahme der Köln-Mindener Bahn auch eine minder günstige Beurtheilung verdiente, recht lebhaft und höher in den Notirungen. Potsdamer bei regem Umsatz steigend. Rechte-Oder-Ufer und Freiburger dagegen. Rumänische Actien behauptet, Obligationen schwächer, von Prior.-Stamm-Actien Görlitzer, Halberstädter B. und Altenbergen beliebt. Bankactien trugen eine sehr feste Physiognomie. Darmstädter Bank und Berliner Kassenverein anziehend, Gothaer Grundcreditbank höher, Dessauer Creditbank beliebt und steigend, Leipziger Credit bessertheit die Notiz, Geraer Credit, Hübner Hypoth., Leipziger Discont, Meissenburger Hypoth., Antwerp. Centralb., Deutsche Hypoth., Preuß. Bodencredit, Brüsseler B., Petersb. Internat. u. Sprit. Wrede ebenfalls höher bei Notiz. Magdeburg-Bankverein und Niederlausitzer Bank weichend. Industriepapiere erfreuten sich fast durchgängig guter Nachfrage. Stralsunder Münzen zogen im Course an. Deutsche Eisenbahnbauingen zu höherer Notiz lebhaft um. Oberschles. Eisenbahnbau beliebt. Lindenbauverein beliebt. Montantwerthe behauptet. Gelsenkirchen, Hibernia, Donnersmarck, Stadtherger Hütte, Mechaniker Bergw., Böchumer Gußstahl, Phoenix A., Lauchhammer, Louise, Victoriahütte, Borwärthhütte und Warsteiner Rhein-Nassen und Wissener waren billiger erbäthlich.

Um 2½ Uhr: Credit 432,50, Lombarden 11

Spiritus loco ohne Fäss 50,7—50,8 M. bez., per April und April-Mai 51,2—51,3 M. bez., per Mai-Juni 51,2—51,5—51,4 M. bez., per Juni-Juli 52,2—52,4—52,3 M. bez., per Juli-August 53,2—53,4—53,3 M. bez., per August-September 53,6—52,9—53,8 M. bez. Gefündigt 90,000 Liter. Rundungspreis 51,3 M. et.

Berliner Börse vom 15. April 1879.

Fonds- und Geld-Courses.

| | Wechsel-Course. |
|-------------------------------------|-----------------|
| Deutsche Reichs-Anl. ⁴ | 88,20 bz |
| Consolidirte Anleihe ⁴ | 103,92 bz |
| do, do, 1878 ⁴ | 93,30 bz |
| Staats-Anleihe ⁴ | 94,23 bz |
| b-aat-Schuldcheine ³ | 92,75 bz |
| Präm.-Anleihe v. 1858 ³⁴ | 135,75 bz |
| Berliner Stadt-Oblig. ⁴ | 103,10 bz |
| Berliner ⁴ | 102,42 bz |
| Pommersche ⁴ | 93,63 bz |
| do, ⁴ | 97,25 bzG |
| do, ⁴ | 103,66 bz |
| do, Lndsch.Crd. ⁴ | 97,90 bz |
| Posensche neue ⁴ | 97,90 bz |
| Sächsische ⁴ | 96,90 bz |
| Landschaftl. Central ⁴ | 95,20 bz |
| Kur. u. Neumärk. ⁴ | 97,80 bz |
| Posensche ⁴ | 97,90 bz |
| Preussische ⁴ | 97,90 bz |
| Westfäl. n. Rhein ⁴ | 92,25 bz |
| Sächsische ⁴ | 98,42 bz |
| Schlesische ⁴ | 99,06 B |
| Badische Präm.-Anl. ⁴ | 129,00 bzG |
| Baierische 4% Anleihe ⁴ | 126,90 bzG |
| Coin-Mind.Pramiesch ³ | 125,90 bzG |
| Sachs. Renten von 1876 ³ | 74,80 bz |

Hypotheken-Certifikate.

| | Divid. pro 1877 1878 |
|---|----------------------|
| Krupp'sche Partial-Ob. ⁵ | 109,50 bz |
| Kubk.-Pfd. d. Pr.Hyp.-B. ⁴ | 98,50 bzG |
| do, do, ⁵ | 102,50 bzG |
| Deutsche Hyp.-Pfd. ⁴ | 95,80 bz |
| do, do, ⁵ | 101,90 bz |
| Kind br. Cent.-Bod.-Cr. ⁴ | 101,60 G |
| Unikat ⁴ , do, (1872) ⁵ | 104,50 bzG |
| do, rückab, a 110 ⁵ | 109,00 G |
| do, do, ⁴ | 102,25 bzG |
| Gnk.H.d.Pr.Bd.-Crd.B. ⁵ | 102,96 bzG |
| Kün db.Hyp.Schuld. ⁵ | 102,96 bzG |
| Hyp.-Ant. Nord-G.C-B ⁵ | 94,80 G |
| do, do, Pfan. ⁵ | 94,40 G |
| Pomm. Hyp.-Briefe ⁵ | 99,50 bzB |
| do, do, II. Em. ⁵ | 91,25 bzG |
| Goth. Präm.-Pf. ⁵ | 105,00 bzG |
| do, do, II. Em. ⁵ | 11,00 B |
| do, 50% Pfd.kzbl.m.10 ⁵ | 101,20 G |
| do, 41% do, m.10 ⁴ | 95,50 bzG |
| Haininger Präm.-Pfd. ⁵ | 114,10 bzG |
| Pfd.d.Oest.-Bd.-Cr. Ge ⁵ | 102,40 bzG |
| Schles.Bodenr.-Pfd. ⁵ | 98,25 G |
| do, do, ⁴ | 104,00 B |
| Gödd. Bod.-Cred.-Pfd. ⁵ | 102,50 bzG |

Ausländische Fonds.

| | Dest. Silber-B. ^{1,1/4,1/2,7} |
|---|--|
| do, 1,4/1,10 ⁵ | 56,99 bz |
| do, 56,99-57,62 bzB | 56,99 bz |
| do, Goldrente ⁴ | 67,30 bz |
| do, Papierrente ⁴ | 66,60 B |
| do, 54% Präm.-Anl. ⁴ | 109,30 G |
| do, Lott.-Anl. v. 69 ⁵ | 117,56 bzG |
| do, Credit-Loose ⁵ | 51,50 G |
| do, 64% Loose ⁵ | 147,76 bz |
| Guss, Präm.-Anl. v. 64 ⁵ | 145,50 bz |
| do, do, 1866 ⁵ | 57,30 bz |
| do, Orient-Anl. v. 1877 ⁵ | 57,25 bz |
| do, II. do, v. 1878 ⁵ | 100,75 bz |
| do, Bod.-Cred.-Pfd. ⁵ | 78,52 bz |
| do, Cent.-Bd.-Cr. ⁵ | 83,98 bz |
| Guss, Poln.Schatz-Obl. ⁴ | 61,50 bzG |
| Polln. Pfndr. III. Em. ⁵ | 64,60 bz |
| Polln. Liquid.-Pfd. ⁴ | 102,50 bzG |
| Amerik. Rückr. p. 1881 ⁶ | 101,80 G |
| do, 50% Anleihe ⁵ | 101,80 G |
| Ital. 50% Anleihe ⁵ | 75,10 G |
| Ital. Tabak-Oblig. ⁵ | 163,00 bzG |
| Baab.-Orazer 1000 Thlr.L ⁴ | 80,20 G |
| Romanische Anleihe ⁵ | 100,00 G |
| Türkische Anleihe ⁵ | 11,70 bz |
| Ungar. Goldrente ⁶ | 77,49 bz |
| do, Loose (M. p. St.) fr. ⁵ | 116,20 bz n.D.Z. |
| Engl. 50% Eisenb.-Anl. ⁵ | 76,80 bz |
| do, Schatzanv. ⁵ | — |
| do, II. Abth. ⁵ | 104,00 bzG |
| Schwedische 10 Thlr.-Loose ⁵ | 41,25 bz |
| Finnische 10 Thlr.-Loose ⁵ | — |
| Türken-Loose — | — |

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

| | Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen. |
|---|--------------------------------------|
| Berlin-Dresden ⁰ | 5 26,75 bzG |
| Berlin-Görlitz ⁰ | 5 44,99 bzG |
| Breslau-Warschau ⁰ | 5 44,99 bzG |
| Halle-Sorau-Gub. ⁰ | 5 44,99 bzG |
| Hannover-Altenb. ⁰ | 5 36,90 bzG |
| Kolnfurt-Falkenb. ⁰ | 5 19,80 bzG |
| Märkisch.-Posener ⁰ | 5 32,00 bzB |
| Magdebg.-Halberst. ⁰ | 5 82,00 bzG |
| do, Lit. C. ⁵ | 5 107,90 bzB |
| Ostpreuß. Südbah. ⁵ | 5 86,25 bzG |
| Rechte-O.-U.E. ⁵ | 5 120,70 bzG |
| Rheinische ⁵ | 5 91,90 bz |
| do, Lit. B. ⁴ | 4 93,20 bz |
| Rhein-Nahe-Bahn ⁰ | 4 9,30 bzG |
| Rümän. Eisenbahn ² | 4 31,25 bz |
| Schweiz-Westbahn ⁰ | 4 15,75 G |
| Stargard - Posener ⁴ | 4 161,90 bzG |
| Thüringer Lit. A. ⁵ | 4 121,90 bz |
| Warschau-Wien ⁵ | 4 177,90 bz |

Bank-Papiere.

| | Bank-Papiere. |
|--|-----------------|
| Alg. Deut. Hand.-G. ² | 4 26,75 G |
| Anglo Deutsch.Bk. ⁰ | 5 152,50 G |
| Berl. Kassen.-Ver. ^{84/10} | 6 61,00 bzG |
| Berl. Handels-Ges. ⁰ | 6 67,50 G |
| Brl. Prd.-u.-Hds.-B. ⁶ | 3 41/2 82,25 G |
| Breslau-Warschau ³ | 4 70,50 bzG |
| Brest, Disc.-Bank ³ | 4 88,25 G |
| Bresl. Welschler. ⁵ | 4 88,25 G |
| Coburg, Cred.-Btl. ⁵ | 4 71,00 bzG |
| Danziger Priv.-Bk. ⁰ | 5 109,00 G |
| Darmat, Creditb. ^{62/4} | 4 122,00 bzG |
| Darmat, Zettelb. ^{53/4} | 4 103,00 G |
| Deutsch.Bank ⁶ | 4 108,16 bzG |
| do, Reichsbank ⁶ | 6 155,25 bzG |
| do, Hyp.-B. Berlin ^{7/2} | 6 86,00 bzG |
| Disc.-Comm.-Anl. ⁵ | 5 142,00 bz |
| do, ult. ⁵ | 5 141,00—42,00 |
| Genossensch.-Bnk. ^{51/2} | 4 94,90 bzG |
| do, junge ⁵ | 4 97,00 G |
| Goth. Grundcredb. ⁸ | 6 91,25 bzG |
| do, junge ⁵ | 6 93,80 bzG |
| Hamb.-Bank der. 103/9 ^{7/2} | 6 120,80 G |
| Hannov. Bank ⁶ | 6 163,50 bz |
| Königsl. Ver.-Bank ⁶ | 6 84,60 G |
| Lüdw.-B. Kwieckl. ⁰ | 4 53 G |
| Leipz. Cred.-Anl. ^{53/2} | 4 124,89 bzG |
| Luxemburg. Bank ^{51/2} | 6 115,00 G |
| Magdeburger do ^{65/10} | 110,60 B |
| Meininge. do ^{2/2} | 7 77,75 bz |
| Nordl. Bank ^{51/2} | 4 129,75 G |
| Nordl. Grunderb. ⁵ | 5 47,00 bzG |
| Oberlausitzer Bk ³ | 4 70,00 B |
| Oest. Cred.-Action ^{51/2} | 4 433-433/2 |
| Posener Pro.-Bank ^{8/2} | 4 124,00 G |
| Pr. Bod.-Cr.-Act.-B. ^{91/2} | 4 121,00 bzG |
| Pr. Cent.-Bd.-Crd. ^{91/2} | 4 91/2 110,00 G |
| Pr. Bod.-Cr.-Act.-B. ⁵ | 4 78,50 bzG |
| Pr. Cred.-Anstalt ⁵ | 4 107,10 bzG |
| Sachs. Bank ^{53/4} | 5 83,75 bzG |
| Schl.-Bank-Versin ⁵ | 5 32,65 bz |
| Weimar. do ⁵ | 5 135,50 B |

In Liquidation.

| | In Liquidation. |
|--|-----------------|
| Berliner Bank ^{fr.} | fr. 4,00 G |
| Berl. Bankverein ^{fr.} | fr. 30,50 bz |
| Berl. Wechsel-B. ^{fr.} | fr. — |
| do, E. ^{31/2} | 85,40 bz |
| do, F. ^{41/2} | 101,75 bz |
| do, G. ^{41/2} | 162,70 bzG |
| do, H. ^{41/2} | 182,00 bz |
| do, von 1869 ⁵ | 93,30 bzB |
| do, von 1873 ⁴ | 101,80 G |
| do, von 1874 ⁴ | 101,25 bz |
| Brieg.-Neisse ⁴ | — |
| do, Cösel-Oderb. ⁵ | 103,70 bz |
| do, Stargard.-Posen ⁴ | 101,75 G |